

Kreistag aktuell

Informationen der SPD-Fraktion im Kreistag Werra-Meißner

Unterstützung für
Kreis und Kommunen

Resolution: Coronabedingte Ausfälle von Kreis und Kommunen kompensieren

„Durch die Corona-Pandemie haben sowohl der Werra-Meißner-Kreis als auch unsere Kommunen Einnahmeausfälle in Millionenhöhe zu verzeichnen. Die von Bund und Land eingeleiteten Unterstützungsmaßnahmen werden absehbar nicht ausreichen, diese Ausfälle zu kompensieren“, machte der SPD-Fraktionsvorsitzende Friedel Lenze in der letzten Kreistagssitzung deutlich. „Auch der vom Land eingerichtete Hilfsfonds in Höhe von 2,5 Mrd. Euro für Kreise und Kommunen zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle und anderen Rückgängen ist ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Lenze weiter.

Damit Kreis und Kommunen ihre coronabedingten Ausfälle kompensieren können, haben SPD- und FDP-Kreistagsfraktion eine gemeinsame Resolution an die Hessische Landesregierung formuliert. Adressaten sollen auch die Ministerien für Finanzen, Wirtschaft und Soziales sein. Der Kreistag wurde nun beauftragt, die Landesregierung dazu aufzufordern, sofort weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Kreise und Kommunen zu verabschieden. „Dazu soll das Programm Sondervermögen des Landes Hessen in Höhe von 12 Mrd. Euro stärker für die Kreise und Kommunen genutzt werden und nicht in Projekte wie die Sanierung von



Forsthäusern und Ferien auf dem Bauernhof genutzt werden“, so Lenze weiter, der bemängelte, dass die coronabedingten Gewerbesteuerausfälle zwar zum Teil übernommen würden, jedoch nur bis zu 75 Prozent. „Wer bezahlt die restlichen 25 Prozent? Und was ist mit den übrigen Einnahmeausfällen und Aufwenderhöhungen? Diese werden gar nicht ausgeglichen“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Für ihn liege das Problem auf der Hand. „Durch die Teilnahme am Programm „Hessenkasse“ darf der Kreis keine weiteren Schulden machen. Wenn der Kreishaushalt defizitär ist, kann nur durch die Erhöhung der Kreisumlage Geld in die Kassen gespült werden“, beschrieb Lenze die Sachlage, die für die Kommunen gleich doppelt kritisch wäre. „Zum Einen haben die Kommunen weniger Geld durch die niedrigen Einnahmen durch die Gewerbesteuer, zum Anderen müssen sie mehr Geld wegen der Kreisumlage zahlen. Das dürfen wir nicht zulassen“, so der SPD-Politiker abschließend.

Konzept für
Radwegenetz

Nur drei Radwege in zwölf Jahren: Land lässt Kreis beim Radwegebau im Regen stehen



Die SPD-Kreistagsmitglieder stehen geschlossen hinter den Plänen für die Erstellung eines Radwegekonzepts. Dieses soll nun in Auftrag gegeben werden.

Es ist vollbracht: Das Konzept für den Radwegeverkehr im Werra-Meißner-Kreis wurde auf den Weg gebracht. „Während das Land Hessen uns in den vergangenen Jahren im Stich gelassen hat, werden wir als Kreis nun selbst aktiv. Nur drei Radwege in zwölf Jahren mit einer Gesamtlänge von nicht mal vier Kilometern ist für uns nicht akzeptabel“, machten die SPD-Fraktionsvorsitzenden Karina Fissmann und Friedel Lenze deutlich, die das Land dennoch in die Pflicht nehmen wollen. „Eine Anteilsfinanzierung von bis zu 80 Prozent ist nach den Förderrichtlinien zur Nahmobilität möglich“, ergänzte Fissmann.

„Ein gut ausgebautes Radwegenetz ist nicht nur für den Tourismus ein wichtiger Faktor, es fördert auch den Umstieg vom Auto auf das Fahrrad und trägt letztlich zu einer Verbesserung der CO₂-Bilanz bei“, so Lenze weiter.

Um diesem Ziel näher zu kommen und um den Ausbau des Radwegenetzes im Werra-Meißner-Kreis voranzutreiben, hatten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen gemeinsamen Antrag auf Erstellung eines Radverkehrskonzepts für den Werra-Meißner-Kreis im Kreistag eingebracht. Dieser wurde in der Sitzung des Kreientwicklungsausschusses beraten. „Fachbehörden und Experten werden nun im Zuge der Konzepterstellung beteiligt. Nach Fertigstellung wird die Planung in den Kreisgremien vorgestellt“, sagte der Ausschussvorsitzende Jürgen Zick (SPD), der auf den starken Anstieg des Radverkehrs und den daraus resultierenden Handlungsbedarf hinwies. Dies müsse auch das Land anerkennen und unterstützen.

Aus der Region
für die Region

SPD-Kreistagsfraktion besuchte Traditionsbetrieb „Obsthof Bausch“ in Strahlshausen

Familie Schuler, Inhaber des Obsthofes Bausch in Strahlshausen, baut rund 30 verschiedene Sorten Äpfel sowie Birnen, Kirschen, Heidelbeeren und Zwetschgen an. „Regionale Versorgung mit heimischem Obst steht für Wertschöpfung vor der eigenen Haustür“, betonte der heimische Landtagsabgeordnete Knut John, der weiß wie schwierig es für die heimischen Erzeuger und Landwirte ist, sich gegenüber der Konkurrenz durchzusetzen und auf dem Markt zu bestehen.



Karina Fissmann und Friedel Lenze machten deutlich, dass die Händler aus der Region kaum Möglichkeiten hätten, Produkte in den Läden vor Ort anzubieten. „Es ist mit viel Aufwand verbunden, die Ware dorthin zu liefern. Was bleibt, sind letztlich die kleinen Hoflädchen“, sagte Fissmann, die auf Zustimmung von Obsthof-Chef Ferdinand Schuler traf. „Wir vermarkten unsere Produkte fast ausschließlich über den Hofladen, weil wir hier die höchste Wertschöpfung haben. In den Handel gehen unsere Produkte hauptsächlich dann, wenn ein Überschuss vorhanden ist“, machte Schuler deutlich und schilderte eine weitere Problematik: „Die Ansprüche des Handels sind hoch. Das Obst darf keinerlei Makel haben“, so der Obstbauer, der bei seiner Ernte noch auf echte Handarbeit setzt.

„Wir freuen uns, dass sich dieser Betrieb seit nunmehr über 50 Jahren in unserer Region hält und die Menschen vor Ort mit Obst aus dem Werratal versorgt. Damit wir auch weitere 50 Jahre auf Betriebe wie den Obsthof Bausch zählen können, muss ein Umdenken in Wiesbaden erfolgen“ so Friedel Lenze. Und weiter: „Die vorhandenen Förderprogramme aus Wiesbaden sind nur auf Bio ausgelegt. Das ist aber nicht zielführend. Regionale Wertschöpfung und konventionelle Landwirtschaft sind genauso wichtig und sollten weiterhin eine hohe Priorität genießen. Das hält nicht nur die kleinen Unternehmen am Leben, sondern sorgt auch für Arbeitsplätze vor der Haustür.“

Resolution
verabschiedet

Schülerticket für alle: Forderung von SPD-Fraktion setzt sich durch

In der letzten Kreistagssitzung hat sich die SPD federführend dafür ausgesprochen und dies auch der Landesregierung übermittelt, dass sie die Einführung eines kostenlosen Schülertickets für wirklich alle Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 10 fordert. Dazu muss auch das Hessische Schulgesetz geändert werden, in dem bisher eine enge Kilometergrenze verhindert, dass nahe bei ihren Schulen wohnende Schüler ein kostenloses Hessenticket erhalten.

„Diese Ungerechtigkeit ist nicht länger hinzunehmen, dass manche Schüler ein Hessenticket bekommen, andere aber nicht“, so Dr. Uwe Heinemann im Kreistag, „denn es geht ja nicht nur um den Weg zur Schule, sondern auch um Bildungsfahrten und Ausflüge, und hier muss jeder Schüler Bus und Bahn kostenfrei nutzen können, und das auch unter Klimagesichtspunkten.“

Die SPD fordert weiterhin, dass das Land hier die Finanzierung maßgeblich übernimmt; vor dem Hintergrund landesweiter Kosten in Millionenhöhe soll deshalb zunächst darauf verzichtet werden, auch für die Oberstufe ein kostenloses Schülerticket einzuführen, was die FWG im Kreistag zusätzlich gefordert hatte.

„Wir tun hier den ersten wichtigen Schritt, achten dabei aber auch auf die Kosten für den Kreis, gerade in Corona-Zeiten, und können aufgrund gewonnener Erfahrungen später immer noch ermöglichen, dass auch alle Oberstufenschüler das Hessenticket bekommen, aber eins nach dem anderen und mit Augenmaß und Ziel, damit unsere

Kein kostenloses Hessenticket

Kreistagsabgeordnete diskutieren über Nahverkehr

VON HANNA MAITERTH

Eschwege – Das kostenlose Hessenticket für Schüler und als Ergänzung zur Ehrenamts-Card stand unter anderem auf der Tagesordnung der Kreistagsitzung des Werra-Meißner-Kreises. Stangensfundun hatte die Sitzung am Montagmorgen in der Stadthalle Eschwege.

In zwei separaten Anträgen hatte die FWG im April diesen Jahres das Hessenticket für Schüler und für Ehrenamts-Card-Inhaber beantragt.

Im Mai zogen die Kreistagsfraktionen der SPD, der Grünen und der CDU die Forderung eines kostenlosen Schülertickets nach.

Als zu teuer hätten sich die Hessentickets herausgestellt. Das meldeten aus dem Beratungsausschüssen Ludger Arnold (SPD), Vorsitzender des Schulausschusses, und



FALSCHMELDUNG

War Thema im Kreistag: das Hessenticket für Schüler eingeführt.

Entgegen der Berichterstattung in der Werrarundschau setzten sich die Forderungen der SPD-Fraktion durch.

Forderungen in Wiesbaden auch ernst genommen werden“, so Heinemann weiter. Ebenfalls eine Absage erteilte die SPD dem FWG-Antrag, ein kostenloses Hessenticket für Inhaber der Ehrenamts-Card einzuführen. „Hier trüge die Kosten allein der Kreis, was in diesen Zeiten wirklich nicht zumutbar wäre, aber das ist nicht das Hauptargument“, so Heinemann im Ausschuss für Soziales und Integration, „sondern es geht um die viel größere Anzahl der Menschen in unserem Kreis, die auch ohne Ehrenamts-Card ehrenamtlich tätig sind und dann ebenso ein Anrecht auf das Hessenticket haben müssten.“

In diesem Sinne führt Heinemann weiter aus, dass eine Beschränkung auf die Inhaber der Ehrenamts-Card also ungerecht sei, andere Kriterien für eine Vergabe mit demselben Problem behaftet seien, und die meisten ehrenamtlich Tätigen ja auch gar keine Gegenleistung für ihren Dienst an der Gemeinschaft erwarteten: „Die Würdigung der unendlich vielen Stunden ehrenamtlicher Tätigkeit im Werra-Meißner-Kreis erfolgt auf vielen anderen Wegen“, so Heinemann abschließend.

Miteinander von Wolf,
Weidetier und Mensch

SPD setzt sich für ein professionelles Wolfsmonitoring und –management ein

In Nordhessen kommt es nicht nur vermehrt zu Wolfssichtungen, sondern auch zu Vorfällen, bei denen Wölfe Nutztiere wie Schafe und Kälber gerissen haben. Gleichzeitig ist der Wolf eine durch Bundes- und Europarecht streng geschützte Tierart. Damit das Miteinander von Wölfen, Weidetieren und Menschen gelingen kann, muss die Landesregierung tätig werden.

Deshalb hat die SPD-Kreistagsfraktion in einer Resolution die Landesregierung dazu aufgefordert, ein professionelles Wolfsmonitoring und -management einzurichten. So soll ermittelt werden, in welchen Regionen sich Wölfe aufhalten und bewegen. Bei Verdacht auf einen Wolfsriss sollen DNA-Proben entnommen werden. Ebenso wird die Landesregierung aufgefordert zu prüfen, ob eine Anpassung des Jagdrechts möglich ist, um Wölfe, die Weidetiere trotz Herdenschutzzäunen reißen, zum Abschuss freizugeben. Ebenso soll die Landesregierung prüfen, ob die Schaffung von Territorien möglich ist, in denen der Wolf sich frei bewegen kann. „Wir haben in Deutschland eine dicht besiedelte Kulturlandschaft. Die Rückkehr des Wolfes stellt uns vor große Herausforderungen. Berechtigte Interessen von Nutztierhaltern stehen den Interessen des Naturschutzes gegenüber.“



Es ist Aufgabe der Politik, diese Interessen entgegen zu nehmen und für einen Ausgleich zu sorgen. Prävention, Beratung, Schulung, angemessener Schadensausgleich und, wenn erforderlich auch die Jagd können zu einem möglichst konfliktfreien Miteinander beitragen. Wir fordern daher die Hessische Landesregierung auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen“ so SPD-Kreistagsmitglied Martina Oehl.

Impressum:

SPD-Kreistagsfraktion
Wendische Mark 9-13
37269 Eschwege
Tel: 05651 / 9525700

Redaktion:

Friedel Lenze, Karina Fissmann